



Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk

42. Sitzung (öffentlich)

29. Oktober 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:55 Uhr

Vorsitz: Georg Fortmeier (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **5**

**1 Duale Ausbildung in der Fläche sichern – Regelungen zu
Fachklassen an Berufskollegs an demografischen Wandel anpassen** **6**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/5471
Ausschussprotokoll 16/637

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss lehnt nach kurzer Aussprache mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN den Antrag ab.

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015) **8**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6500
Drucksache 16/6710 (1. Ergänzung)
Drucksache 16/6990 (2. Ergänzung)

Vorlage 16/2144 (Erläuterungsband)
Vorlage 16/2260
Vorlage 16/2267

hier: Einzelplan 14 und Einzelplan 02 – Kapitel 02 070

Nach ausführlicher Debatte kommt der Ausschuss überein, am 26. November die abschließende Beratung zum Haushalt zu führen.

3 Chemische Industrie muss Motor des Industriestandortes Nordrhein-Westfalen bleiben: Landesregierung muss heute Grundlagen für Wachstum von morgen schaffen **23**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/5040

Ausschussprotokoll 16/597

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/7189

Nach kurzer Aussprache lehnt den Ausschuss mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN den Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/7198 ab.

Der Antrag der CDU Drucksache 16/5040 wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, GRÜNEN und PIRATEN abgelehnt.

- 4 Etikettenschwindel „Digitale Agenda“: Die Bundesregierung ist noch immer nicht im digitalen Zeitalter angekommen! 28**
- Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/6678
- Der Ausschuss kommt eingangs der Sitzung überein, diesen Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung zu verschieben.
- 5 Geplante strategische Umweltprüfung von ausgewählten rahmensetzenden Maßnahmenvorschlägen aus dem Klimaschutzplan-Prozess 29**
- hier: Umweltgutachten**
- Vorlage 16/1990
Vorlage 16/2325
- Diskussion 29
- 6 Entwurf einer Dritten Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Industrie- und Handelskammern im Lande Nordrhein-Westfalen 32**
- Vorlage 16/2261
- Keine Wortmeldungen. – Mit Aufruf der Vorlage 16/2261 gilt der Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk als gehört.
- 7 Situation bei der Adam-Opel AG 33**
- Bericht
der Landesregierung
- Bericht durch Minister Garrelt Duin (MWEIMH) 33
- 8 Sachstand und weitere Planungen der Landesregierung zum Ausbau der KWK-Anlagen in Nordrhein-Westfalen 34**
- Vorlage 16/2324
- Diskussion 34

9 Verschiedenes

37

Keine Anmerkungen.

* * *

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6500
Drucksache 16/6710 (1. Ergänzung)
Drucksache 16/6990 (2. Ergänzung)

Vorlage 16/2144 (Erläuterungsband)
Vorlage 16/2260
Vorlage 16/2267

hier: Einzelplan 14 und Einzelplan 02 – Kapitel 02 070

Vorsitzender Georg Fortmeier leitet ein, der Landtag habe in seiner Sitzung am 10. September 2014 den Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 2015 in erster Lesung beraten und diesen an den Haushalts- und Finanzausschuss federführend sowie zur Mitberatung an die Fachausschüsse überwiesen. Man berate im AWEIMH über den Einzelplan 14 und das Kapitel „Landesplanung“ im Einzelplan 02. Einführungen in die Schwerpunkte des Einzelplans 14 und des Einzelplans 02 lägen mit den entsprechenden Vorlagen vor.

Hendrik Wüst (CDU) führt aus, die Struktur des Haushalts für den Bereich des Wirtschaftsausschusses sei satzungsbekannt. Das seien sozusagen die Kohle und die Kofinanzierung, die sozusagen in Stein gemeißelt seien. Darüber brauche man nicht lange zu sprechen. Auch über die Landesplanung habe man in der Sache an anderer Stelle bereits umfänglich geredet. Er wolle deshalb heute über die politische Agenda sprechen. Und da könne man nicht anders, als zu dem Schluss zu kommen: Große Worte, kleine Taten!

Schon vor einigen Monaten habe der Minister gesagt, es führe kein Weg an der Erkenntnis vorbei, wie die wirtschaftliche Situation des Landes im Vergleich zur Bundesebene sei. Deswegen sei in der Tat eine ganze Reihe von Anstrengungen notwendig, um Wachstumslücken zu schließen. Das sei richtig. Viele Themen, die der Minister auf die Agenda setze, sei es Industrie, sei es Kreativität, sei es Digitalisierung, sei es Außenhandel, seien nicht zu kritisieren. Man könnte sich über die eine oder andere Gewichtung streiten, das wolle er hier aber nicht tun. Aber das, was dann nach dem Erkenntnisgewinn, nach der Richtungsweisung herauskomme, seien, wenn überhaupt, kleine, minimalste Schritte in die im Großen und Ganzen nicht immer verkehrte Richtung.

Beim Thema „Digitale Wirtschaft“ gebe man 150.000 € aus. Bei einem Vergleich mit den 425.000 €, um eine politische Choreografie aufzusetzen und das Tariftreue- und Vergabegesetz vielleicht zu entschlacken – er wolle nicht mehr von Abschaffen reden; dass man da unterschiedliche Meinungen habe, sei satzungsbekannt –, werde

die Dimension sichtbar. Man habe erkannt, dass digitale Wirtschaft gerade für unseren Industriestandort enorm wichtig sei, nehme dafür aber lediglich 150.000 € in die Hand. Das sei einfach zu wenig. Im Silicon Valley würden jedes Jahr 15 Milliarden \$ investiert. Sicherlich könne man Äpfel und Birnen nicht miteinander vergleichen, aber mit 150.000 € bekomme man lediglich ein Startup mit zwei Programmierern für ein Jahr finanziert. Das sei bestenfalls Kulissenschieberei.

Zu Recht spreche der Minister davon, dass hochleistungsfähige Breitbandversorgung notwendig sei. Das „EFRE“-Thema sei hinreichend diskutiert worden. Die Bundesländer hätten es nicht gewollt. Er habe Verständnis dafür, dass man darüber nicht so gerne spreche, aber bis 2020 sei da eine Riesenchance vertan worden. Man könnte sicherlich noch einmal in einer gemeinsamen Kraftanstrengung, die sicherlich die Große Koalition in Berlin auch unternehmen werde, versuchen, aus dem vom neuen Kommissionspräsidenten versprochenen 300-Milliarden-Programm etwas herauszuholen. Man sollte hier gemeinsam versuchen, den Berliner Freunden die Wichtigkeit des Themas zu verdeutlichen.

Das Thema „NRW.BANK/Förderprogramme“ werde analysiert. Seine Fraktion werde dazu einen Antrag als Sachgrundlage einbringen, der als Blaupause genommen werden könnte. Dass man an dieser Stelle auf jeden Fall mehr in die Hand nehmen müsse als bisher, sei völlig unstrittig. Die bisherigen Ansätze seien nicht ausreichend.

Sodann kommt der Redner zu dem Thema „Außenwirtschaft“ und verweist darauf, dass an der Struktur von NRW.INVEST gearbeitet worden sei. Man habe sich mit dem einen oder anderen Ziehen einer Leitplanke konstruktiv gezeigt. Doch nun müsse etwas geschehen. Man könne aber nicht nach dem Motto agieren: Man sei deshalb wirtschaftlich stark, weil man die meisten Dax-Konzerne habe. Oder: Man habe deshalb die besten Fußballer, weil man die meisten Bundesligavereine habe. – Man sei das größte Land und habe nun einmal die meisten Köpfe. Insofern sei es klar, dass man in absoluten Zahlen vorne liege. Bei den Direktinvestitionen pro Einwohner sei man aber nicht mehr Platz 1, sondern Platz 2. Eine aktuelle Studie von Ernst&Young weise nach, dass im Ausland kaum jemand NRW kenne. Man könne aber nur lieben, was man kenne. Die Bayern holten rasend schnell auf. 22 % der Unternehmen, die noch nicht in Deutschland investierten, kannten Bayern. NRW könne in dieser Abfrage nicht erfasst werden. Also auch in dem Bereich sei etwas zu tun. Man habe Strukturveränderungen mitgetragen, aber jetzt müsse da auch etwas kommen.

Sodann greift der Redner noch das Thema „Kreativwirtschaft“ auf. Der Minister habe diese als notwendige Keimzelle beschrieben. Digitalisierung und Kreativwirtschaft sollte man nicht trennen. Es gebe da ein neues Buch „Silicon Valley“ von Christoph Keese. Man könne darin sehr schön nachlesen, was in dem Bereich passiere. Dass das letzte Hochschulgesetz damit wenig zu tun habe, wolle er nur am Rande erwähnen. Wenn dann gleichzeitig die Mittel für die Film- und Medienstiftung gekürzt werde, scheine noch nicht jeder in der Landesregierung das verstanden zu haben, was

hier vorgetragen worden sei. Und in der Summe sei dann ein Minus und leider kein Plus zu verzeichnen.

Zusammenfassend wolle er anmerken, die Ansätze seien in der Regel wohlklingend und gingen überwiegend in die richtige Richtung, aber die Schritte seien so klein, dass es fast beschämend sei für ein so großes Land. Er wolle die 150.000 für die digitale Wirtschaft nicht deshalb kritisieren, weil sie im Haushaltsentwurf stünden, aber wenn man die dafür gewählten Worte umsetzen wolle, müsste man da schon eine Null oder zwei Nullen mehr dranhängen. Bei 150.000 wirke die Rede ziemlich hohl.

Die Änderungsanträge werde seine Fraktion wie angekündigt und aus den letzten Jahren bekannt in toto im Haushalts- und Finanzausschuss einbringen.

Dietmar Brockes (FDP) schickt voraus, dass seine Fraktion heute keine Anträge einbringen werde, sondern wie in der Vergangenheit die Anträge im Haushalts- und Finanzausschuss bzw. im Plenum gesammelt einbringen werde.

Zunächst bedanke er sich, dass im Nachgang zur letzten Sitzung nun die schriftliche Stellungnahme seitens der Staatskanzlei bezüglich des Haushaltsentwurfs der Landesplanung vorliege. Wäre man böse, könnte man davon ableiten, welche Bedeutung die Landesplanung für die Landesregierung habe, da diese bei den Einführungsreden nicht berücksichtigt worden sei. Doch das wäre insofern falsch, weil Teile der Landesregierung sehr wohl wüssten, wie man wirtschaftliche Entwicklungen über die Landesplanung behindern könne. Insofern wäre es nicht richtig, würde man diesen Rückschluss hieraus ziehen.

Bezüglich des Haushalts des Wirtschaftsministeriums schließe er sich den Ausführungen des Kollegen Wüst an. Es sei bekannt, dass in der Vergangenheit ein Großteil der Mittel durch die Steinkohlesubventionierung gebunden sei. Aber ansonsten gingen von diesem Haushalt des Wirtschaftsministeriums keine nennenswerten Impulse für die Wirtschaft aus. Das heiße nicht, dass vom gesamten Landeshaushalt keine Impulse für die Wirtschaft ausgingen; denn es sei sehr deutlich geworden, dass von diesem Landeshaushalt in Gänze leider sehr negative Impulse für die nordrhein-westfälische Wirtschaft ausgingen.

Die Wirtschaftspolitik werde wieder einmal nicht vom Wirtschaftsminister, vom Wirtschaftsministerium geprägt, sondern von den anderen Haushalten, etwa vom Umweltministerium; er nenne da unter anderem das Thema „Klimaschutzplan“. Und seit gestern sei dies auch beim Thema „Grunderwerbsteuer“ deutlich geworden.

Die Bauwirtschaft habe sich in den letzten Monaten in Nordrhein-Westfalen deutlich verschlechtert – gegenläufig zum Bundestrend. Der Hochbau habe bereits zweistellige Minusraten, da er in Nordrhein-Westfalen negativ beeinflusst sei. Und hinzu komme die Erhöhung der Grunderwerbsteuer, sodass man nun auch beim privaten Wohnungsbau den „Saft“ abdrehe und die Wirtschaft deutlich einschränke.

All das seien Auswirkungen auf den Bereich des Wirtschaftsministers, die aus anderen Ressorts kämen. Er wüsste daher gern, wie die Position des Ministers zur Grunderwerbsteuer sei, wie er die negativen Begleiterscheinungen auffangen wolle

und wie hoch der Anteil der Mehreinnahmen aus der Erhöhung für das Wirtschaftsministerium sei, um entsprechend entgegenzuwirken. So positiv, wie die wirtschaftliche Entwicklung in den letzten Jahren gewesen sei, werde sie wohl in den nächsten Monaten nicht weitergehen. Deshalb sei es wichtig, dass auch starke Impulse von Nordrhein-Westfalen ausgingen. Das alles finde man nicht im vorliegenden Haushaltsplan.

Beispielsweise werde heute in der „Rheinischen Post“, was den Industriestandort betreffe, darauf hingewiesen, dass Ersatzinvestitionen nicht in Nordrhein-Westfalen, sondern in anderen Regionen der Welt stattfänden. Hier bestehe dringender Handlungsbedarf.

Es müssten eigentlich neben den Bemühungen, hier neue Unternehmen anzusiedeln, viel stärkere Anstrengungen unternommen werden, die Unternehmen im Lande zu halten.

Insofern sei er froh, dass der Minister beim Thema „NRW.INVEST“ nicht den Vorgaben des Hauses gefolgt sei, sondern eine sinnvollere Lösung gefunden worden sei, die hoffentlich die bisherige gute Arbeit von NRW.INVEST nicht zunichte machen werde, sodass man hoffentlich zukünftig von mehr Ansiedlungen ausgehen dürfe, um das, was kaputt gemacht werde, einigermaßen abzufangen.

Der Minister sei auch nicht auf die Zahlen des Haushalts eingegangen, sondern habe wie üblich einige Schlagworte in den Raum gesetzt, die dann leider nicht im Haushaltsplan fiskalisch hinterlegt worden seien.

Das Thema „Digitale Wirtschaft“ sei schon angesprochen worden. So habe der Minister in seiner Haushaltsrede formuliert:

„Wir in Nordrhein-Westfalen können die Standards für Industrie 4.0 prägen, wir können Industrie und Mittelstand beim digitalen Wandel unterstützen und so die Wirtschaft wettbewerbsfähig halten. Das ist ein ambitioniertes Ziel. Aber wir trauen es dem Land und uns zu, es gemeinsam zu erreichen.“

Er würde gerne erfahren, wo da die entsprechenden Positionen im Haushalt zu finden seien.

Im Übrigen sei bezüglich des Themas „Breitband“ zu fragen, ob die Unternehmen in NRW überhaupt in der Lage seien, diesen Weg mitzugehen, wenn ihnen die notwendige Infrastruktur beim Breitband fehle. Es hätte – das habe man breit und lang erörtert – Möglichkeiten gegeben, das Thema stärker in das EFRE-Programm hineinzunehmen. Der Minister sei sehr spät, wohl auch zu spät auf den Zug aufgesprungen. Wenn man Möglichkeiten an der Stelle versäumt habe, müsste natürlich überlegt werden, wo man ansonsten entsprechende finanzielle Unterstützung einrichten könne. Das sei in diesem Haushalt leider nicht erfolgt. Deswegen sei zu befürchten, dass man bei dem Thema letzten Endes wieder nur hinterherlaufen werde.

Zum letzten inhaltlichen Punkt: Bei einem Punkt im Haushaltsplan würden nun doch mehr Mittel ausgegeben. Er wisse allerdings nicht, ob es sich dabei um Wirtschafts-

förderung handeln solle, zumindest sei der Betrag bei den Reisekosten um 54.000 € erhöht worden. Er hätte gerne gewusst, wie diese Mittel eingesetzt werden sollten, ob dadurch etwa der Tourismus im Land gestärkt werden solle.

Unterm Strich halte er fest: Es gebe keine Innovationen und keine Ideen bei diesem Haushalt. Das massive Wachstumsdefizit werde an keiner Stelle durch diesen Haushaltsplan behoben. Auch gehe von diesem Haushalt keine Aufbruchsstimmung aus. Insofern sei der Haushalt sehr enttäuschend, und er befürchte, dass das Land und das Wirtschaftsministerium tatenlos zusähen, wie sich die Wirtschaft in den nächsten Monaten negativ entwickeln werde.

Kai Schmalenbach (PIRATEN) zeigt sich quasi erschüttert, wie sehr es bezüglich der digitalen Wirtschaft eine Übereinstimmung zwischen CDU, FDP und Piraten gebe. Dieses Thema sei selbstverständlich der größte Kritikpunkt seitens der Piraten am Haushaltsplan. Der Minister, der dieses Thema selber zum Schwerpunkt erhebe, schaffe es auf eine Reihe von Anträgen und Hinweisen hin den Breitbandausbau zu stärken. Die zusätzlichen 150.000 € an der Stelle könnten lediglich schöne große Runde Tische finanzieren. Weiter komme der Minister damit aber nicht.

Thomas Eiskirch (SPD) will zu dem Wortbeitrag des Kollegen Brockes nichts sagen, da der einzige Punkt die Erhöhung der Reisekosten über 54.000 € gewesen sei. Vielmehr wolle er sich für die Worte des Kollegen Wüst bedanken, weil man, lasse man einmal die Punkte, die nichts mit dem Einzelplan zu tun gehabt hätten, beiseite, kein größeres Lob von der Opposition für die Einbringung eines Einzelplans bekommen könne.

Die CDU habe es richtig erkannt, dass ein guter Einzelplan vorliege, der die Schwerpunkte an den richtigen Stellen setze. Die Themen „Industrie 4.0“, „IKT“ und „Außenwirtschaft“ seien ein bisschen zu kurz gekommen. Auch betreffe das das Thema „CSR“. Das seien die Punkte, die der Minister in den letzten Monaten in den Mittelpunkt gestellt und bei denen er deutlich gemacht habe, dass das die Schwerpunkte des Jahres 2015 sein würden. Schwerpunkte hießen bei einem Haushalt, der bemüht sei, das Haushaltsdefizit kleiner werden zu lassen, auch nuancierte Veränderungen. Und diese seien erkennbar und gingen in die richtige Richtung.

Da er beim Kollegen Wüst davon ausgehe, dass, wenn er mit Nullen um sich werfe, keine vorangestellten, sondern hintangestellte Nullen meine, fände er es spannend, wenn man auch sagte, was man denn nicht tun sollte. Es gehe natürlich nicht, dass man in jedem Ausschuss und zu jedem Einzelplan von der Opposition höre, wo man mehr Geld investieren müsste und man am Ende im Plenarsaal von Herrn Laschet höre, dass die Regierung nicht in der Lage wäre, einen ordentlichen Haushaltsplan aufzustellen, der sich dem Ziel der Schuldenbremse in den richtigen Schritten nähern würde. Das sei nicht wirklich seriös. Seitens der Sozialdemokratie könne er nur sagen: Man sei mit den Schwerpunkten und auch mit den Veränderungen im Haushalt sehr zufrieden, und er glaube, dass das ein Haushaltsjahr sein werde, bei dem man

die richtige Unterstützung aus dem Landeshaushalt aufbieten könne, um anzustoßende Entwicklungen wirklich mit Leben zu füllen.

Daniela Schneckenburger (GRÜNE) bezeichnet die Rede des Kollegen Wüst als erstaunlich; deshalb könne sie der Schlussfolgerung des Kollegen Eiskirch nur zustimmen. Im Kern habe Herr Wüst gesagt, dass die Linien, die Themen seien richtig gesetzt, es fehlten lediglich nur die Nullen. Für die Nullen fehlten der CDU allerdings auch die Deckungsvorschläge. Auch Herr Brockes habe auf die ganz großen Töne verzichtet. Insgesamt habe es also seitens der Opposition erstaunliche Einlassungen gegeben.

Ihre Fraktion sei der Auffassung, dass die Linien richtig gesetzt seien. Nordrhein-Westfalen lege Wert darauf, dass Wirtschaften in Verantwortung gefördert werde. Auch wenn CSR nur mit einem kleinen Beitrag im Haushaltsplan zu finden sei, sei das ein wichtiges Signal auch an die nordrhein-westfälische Wirtschaft.

Das Tariftreue- und Vergabegesetz, der Dauerbrenner der Opposition, zeige, dass sich im Grunde genommen der Linienstreit im letzten Jahr und hoffentlich auch im nächsten im Prinzip erledigt habe. Herr Wüst habe nämlich zugestanden, dass das Gesetz richtig sei, es allerdings in der Ausführung aus dessen Sicht korrigiert werden müsse. Insofern beziehe sich der Linienstreit nur auf einen ganz schmalen Korridor, und das sei gut so.

Nach Meinung ihrer Fraktion müsste es in Nordrhein-Westfalen in folgenden Bereichen nach vorne gehen: Sie habe sich kürzlich klargemacht, wieviel Arbeitsplätze das Ruhrgebiet in den letzten 20 Jahren verloren habe. Wenn man Kohle und Stahl zusammennehme, komme man da durchaus über 1 Million Arbeitsplätze. Das sei ein Aderlass, den ein Bundesland schlecht verkraften könne, wie es der noch nicht abgeschlossene Strukturwandel im Ruhrgebiet auch deutlich mache. Das liege daran, dass eine wesentliche Region Nordrhein-Westfalens sich schlicht von der zahlenmäßigen Bedeutung her darauf verlassen habe, dass großindustrielle Strukturen dauerhaft trügen. Entsprechend schwierig sei es, diese großindustriellen Strukturen zu ersetzen.

Mit Blickrichtung auf die Länder in Süddeutschland müsse die Conclusio daraus sein, dass man insbesondere die Bereiche Gründungsberatung und Diversifizierung wirtschaftlicher Strukturen in Nordrhein-Westfalen weiterhin verstärkt angehen müsse. Es gebe eine Umfrage des Wirtschaftsministeriums, wonach jeder Vierte bereit sei, sich selbstständig zu machen. Das Potenzial sei also vorhanden. Man müsse es allerdings dringend stärker fördern, sei es durch eine verstärkte Förderung über Capital Venture, sei es über eine verstärkte Gründungsberatung bis in die Schulen hinein, wo auch Schülergenossenschaften eine Selbstständigkeit vorbereiteten und eine unternehmerische Tätigkeit mit unterstützten. Das sollte man sehr stark im Blick behalten.

Bei der Breitbandförderung suggeriere Herr Wüst immer, dass eine Ein-Hebel-Politik möglich wäre, indem man das Thema aus EFRE stamme. Hier sei des Öfteren ge-

sagt worden, dass eine Finanzierung aus EFRE lediglich in Teilbereichen möglich sei. Klar sei aber, dass der Breitbandausbau dringend notwendig sei und dieser nur über verschiedene Einzelmaßnahmen in Nordrhein-Westfalen gelingen könne, sei es durch den verstärkten Anschluss von Industriegebieten, durch eine Förderung über ELER oder durch eine Förderung aus EFRE. Es gebe nicht den großen Hebel, mit dem man das bedienen könnte. Das funktioniere schon strukturell nicht; das habe auch mit den Dienstleistern und Anbietern und mit der Telekom insgesamt zu tun.

Das Thema „Grunderwerbsteuer“ ist sicherlich kein schönes. Das Wunderbare sei, dass die GAGFAH in Dortmund 1.700 Wohnungen erwerben könne, und das unter Vermeidung der Grunderwerbsteuer. Das stelle sich die Frage an die auch von der CDU mitgetragene Bundesregierung. Diese habe das Jahressteuergesetz verhindert und trotzdem Schlupflöcher offen gelassen. Im Ergebnis zahlten also die Kleinen Grunderwerbsteuer, während die Großen keine zahlten. Diese seien in der Lage, mit großen Immobilienbeständen zu handeln, ohne dass sie in die Landeskasse zahlten, wie es jeder kleine Unternehmer tue. Die CDU habe mit dazu beigetragen, den Immobilienmarkt in der Bundesrepublik zu befreien, und das Ergebnis könne man jetzt sehen. Damit habe sich eine Enquetekommission des Landtags sehr ausführlich befasst.

Würde die CDU an der Stelle mit anpacken, wäre das ein Schritt nach vorne. Sie empfinde das als große Ungerechtigkeit, und die Menschen, die im Ergebnis unter solchen Mehrfachwiederverkäufen litten, empfänden das auch als große Ungerechtigkeit. In Dortmund seien Wohnungsbestände jetzt zum sechsten Mal in zehn Jahren gehandelt worden. Das sei das Ergebnis einer solchen Politik.

Das sei also kein schönes Thema. Aber wenn die CDU Vorschläge zur Konsolidierung des Landeshaushaltes habe, die mehr als nur Kosmetik seien – sie nenne als Stichwort „Entfesselungsimpuls“ für die nordrhein-westfälische Wirtschaft –, dann würden diese gerne mit aufgenommen. So lange die Dinge so wie jetzt seien, müsse der Landeshaushalt auch auf der Einnahmeseite etwas tun. Das gefalle ihr als Wohnungspolitikern auch nicht.

Zum Abschluss weise sie Herrn Wüst darauf hin, dass der „Piketty“ nun übersetzt in den Buchläden für 29,90 € ausliege. Darin fänden sich Erkenntnisse darüber, warum Ungleichheit in Deutschland und global weiter wüchsen. Das sei eines der zentralen ökonomischen Bücher, das man nur empfehlen könne.

Thomas Kufen (CDU) staunt über die Begründung von Frau Schneckenburger zur Erhöhung der Grunderwerbsteuer. Sie beklage eine schreiende Ungerechtigkeit. Wenn das die Begründung für die Erhöhung sein solle, würde es sogar die Falschen treffen. Er halte zumindest die Art und Weise, wie Frau Schneckenburger ihre Politik begründet habe, zumindest etwas crude.

Er finde auch nicht schlimm, dass Parteien oder die Opposition sagen könnten, die Richtung stimme, die Analyse sei vernünftig. Das wolle er für den energiepolitischen Teil noch einmal hervorheben. Wenn etwa der Minister sage, die Reform des

Strommarktmodells sei notwendig, mache seine Fraktion einen Haken daran. Wenn gesagt werde, die EEG-Novelle sei nur der Anfang, mache man auch daran einen Haken. Und wenn beschrieben werde, dass die Erneuerbaren rasch an den Markt geführt werden sollten, mache man daran auch einen Haken. Dies gelte ebenso für die Aussage, dass die KWK-Novelle zeitnah kommen solle.

Seine Fraktion glaube aber, dass die Aufgabe eines Wirtschaftsministers mehr sein müsse, als nur die allgemeinpolitische oder spezialpolitische Agenda von Bundes- und Landesregierung zu kommentieren, zu analysieren oder als Kolumnist aufzutreten. Dass die Richtungen stimmten, wolle man nicht bestreiten, aber der Minister habe nicht einen einzigen Zeitplan genannt. Er habe auch nicht einen Meilenstein gezeichnet. Der Minister sei groß in Ankündigungen. Da war der Masterplan, auf den man heute noch warte. Dann habe der Minister darauf hingewiesen, dass NRW ein eigenes Modell zum Kapazitätsmarkt einbringen müsse. Das hätte man gerne, und darüber würde seine Fraktion mit dem Minister schon gern diskutieren. Aber nur das Ausmachen von Schwachstellen und nur das Beschreiben von Notwendigkeiten seien für einen Wirtschaftsminister zu wenig.

Deshalb wünsche seine Fraktion auch in der politischen Debatte, dass deutlich gemacht werde, wohin der Minister wolle, und das müsse der Minister auch mit Zeitplänen hinterlegen.

So wie bisher der Ausbaupfad für die Windenergie und die KWK-Anlagen seitens des Ministers angelegt worden sei, gebe es noch keinen Plan B – er sehe ihn zumindest nicht –, wie man die Ziele von 15 % oder 25 % CO₂-Reduzierung überhaupt erreichen wolle.

Gleiches gelte für die Ankündigung der Leitentscheidung zu Garzweiler. Der Minister habe da Klarheiten schaffen wollen, aber wohl mehr Unklarheit geschaffen. Deshalb sei an der Stelle Klarheit von der Landesregierung gefordert, und das auch mit dem Vorlegen eines Zeitplans, wann die Dinge entsprechend deutlich gemacht werden sollten.

Man stelle in der Debatte um die fossilen Energieträger wie Braunkohle und Steinkohle doch fest, dass die Freunde nicht mehr geworden seien. Umso mehr komme es gerade auf diese Landesregierung bei der Energiewende an zu sagen, was es heiße, wenn man bei den Erneuerbaren eine fossile Flankierung brauche. Das sei für einen Wirtschaftsminister eine flotte Formulierung. Er glaube, dass sie, wenn man sie wiege, am Ende für zu leicht befunden werde. Deshalb sei klar, dass man da mehr Klarheit in den Ankündigungen brauche, um die Aussagen des Ministers auch daran messen zu können. Ansonsten bedeutete das nur ein Zeichnen von Linien in den Sand, die bei einer Welle sogleich wieder weggespült würden. Und dann zeichne der Minister gleich wieder eine neue.

Nordrhein-Westfalen verkaufe sich bei den großen Interessenkonflikten wie etwa bei dem gerade beschriebenen Feld zu leicht. NRW brauche einen starken Auftritt in Berlin, und dabei wolle man dem Minister helfen. Man habe ja auch gemeinsame Interessen wie bei der Braunkohle und Steinkohle. Deshalb erwarte auch seine Frakti-

on eine klare Ansage, wohin es gehe, und man erwarte auch, dass sich das im Haushalt widerspiegle, anstatt schöne Reden zu hören, bei denen man nur an dem einen oder anderen Punkt einen Haken setzen könne.

Man erkenne also an, dass die Richtung in der Analyse in vielen Punkten stimme, aber man noch nicht sehe, wie man nach dem Erkenntnisdefizit auch das Umsetzungsdefizit beseitige.

Hendrik Wüst (CDU) geht auf Frau Schneckenburger ein, die davon gesprochen habe, dass die Haushaltskonsolidierung mehr als Kosmetik sei. Angesichts dieser Aussage sollte man vielleicht einmal in kleinen Runden ernsthaft darüber reden, ob man ein gemeinsames Verständnis darüber entwickeln könne, wie man Wirtschaftswachstum schaffe. Dann könnte man sofort auch die Dinge ausklammern, die seit Jahrzehnten im Parteienstreit lägen. Man könnte also die einzelnen Markkerne der Parteien heraushalten. Aber über die anderen Dinge müsste man dann nicht nur rhetorisch Einigkeit erzielen, sondern dann auch etwas unternehmen. Und darum gehe es.

Es gehe also darum, dass man an den Stellen, wo man miteinander keinen Streit habe, gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen, die im Bund mit Verantwortung trügen, etwas voranbringe. Aber da passiere nichts. Das operationelle Programm der Landesregierung in einer kleinen Runde den Sprechern vorgestellt, dann sei im Trilog die Geschichte mit der EFRE-Verordnung gekommen, die durch das Europa-Parlament möglich gemacht worden sei. Zu dem Zeitpunkt sei das Geld aber hier schon verteilt gewesen. Dann müsse man im Kabinett die Kraft haben zu sagen: Okay, man müsse darüber noch einmal reden, auch wenn die Fristen kurz seien, anstatt nur zu sagen, dass man noch nicht genau wisse, wie. Und dafür, dass man sich das Förderprogramm der NRW.BANK anschauen solle, brauche man keinen Runden Tisch und auch keine IT-Beauftragten und hier viele Debatten. Das wäre der Job im Politischen Beirat der NRW.BANK. Das hätte man auch geschafft. Man brauche also nicht den Rieseneinstieg, wenn man nachher wisse, dass lediglich nur wenig dabei herumkomme. Und wo man schließlich einig sei, müsse mehr kommen, als nur die 150.000 €.

Der Haushalt sei sicherlich schwierig. Aber dann müsse man vorher auch etwas kleinere Brötchen backen, als den Riesenaufschlag zu machen, dass es nur unter „Weltbesten“ und noch „größer“ und „noch schneller“ gehe, und am Ende werde alles schließlich zu klein. Zusammengefasst komme in der Umsetzung zu wenig.

Minister Garrelt Duin (MWEIMH) geht wie folgt auf die zuvor gemachten Ausführungen ein:

Es sind einige Punkte angesprochen worden, auf die ich eingehen möchte. Ich bin von der Argumentation von Teilen der Opposition schon ein wenig überrascht, weil ich mich gut erinnern kann, wie vor vielen Jahren, aber auch vor wenigen Monaten solche Botschaften wie „Privat vor Staat“ durchaus auch in Landtagsdebatten postuliert worden sind. Wenn ich mir anschau, welche Anforderungen an den Haus-

halt zu den einzelnen Themen gestellt werden, vermisse ich ein bisschen den ordnungspolitischen Kompass, den ich bei Ihnen in Grundzügen vermutet hätte. Es geht nämlich in vielen Bereichen nicht darum, dass der Staat diese Aufgabe erledigt, sondern dass der Staat Rahmenbedingungen dafür zu setzen hat, dass diese privatwirtschaftlich zu erledigenden Aufgaben auch erledigt werden können. Ich finde es schon interessant, sich das im Detail anzuschauen. Ich will das an zwei, drei Beispielen untermauern.

Nehmen wir das Thema „Digitale Wirtschaft“. Es ist natürlich Ihr gutes Recht, sich auf die 150.000 € zu stürzen. Aber Herr Wüst hat es in seinen Ausführungen am Ende sogar selbst erklärt. Hier geht es nämlich nicht darum, 150.000 € zur Verfügung zu stellen und damit alle Aufgaben, die auf die digitale Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen zukommen, erledigen zu wollen. Es handelt sich hier um das Schaffen von Strukturen. Und wenn man diese Strukturen mit dem Beauftragten für die digitale Wirtschaft einmal geschafft hat, gilt es, dort Mittel zu hinterlegen, die die Arbeitsfähigkeit einer solchen Struktur sicherstellen.

Meine Herangehensweise an Politik, an politische Forderungen ist, sehr genau zuzuhören in einer Szene, in einer Branche, in einem bestimmten Milieu, welche Forderungen dort an die Politik erhoben werden, um dann abzuwägen, ob ich mir etwas davon zu Eigen machen kann, ob die richtig oder falsch liegen. Nach diesem Abwägungsprozess kann ich dann einen Teil möglicherweise zur eigenen Forderung und zur eigenen Handlung erheben.

Ich bin im Bereich der digitalen Wirtschaft vergleichsweise viel unterwegs. Nehmen wir zum Beispiel die Veranstaltung „Digital Cologne“, eine Initiative der IHK vor Ort. Wir wissen aus Untersuchungen, dass sich weit über 50 % – je nachdem, welche Frage man sich in den Untersuchungen anschaut, gehen die Zahlen bis zu 90 % – der kleinen und mittleren Unternehmen in unserem Land über die fortschreitende Digitalisierung keinerlei Gedanken machen.

Auf die Frage, ob man denn bereit wäre, 5 % des Umsatzes in den Unternehmen für die Weiterentwicklung des Themas „Digitalisierung“ zu investieren, sagen 90 % der mittelständischen Unternehmen: Nein!

Wenn wir uns mit diesem Thema ernsthaft auseinandersetzen, wissen wir, dass das kein guter, sondern ein katastrophaler Wert ist. Deswegen ist es so wichtig, dass zum Beispiel eine Industrie- und Handelskammer das Thema für die kleinen und mittleren Unternehmen aufbricht und sagt: Wir bieten Informationen und kommen zu euch. Es geht dabei um ganz grundsätzliche Investitionsentscheidungen, um diesem weltweiten Trend gerecht werden zu können. Eine solche Veranstaltung hat schon, bevor das Networking begonnen hat, mit verschiedenen Vortragenden drei Stunden gedauert. Dann wird abgewogen, welche politischen Forderungen gestellt werden und welche davon man sich zu Eigen machen kann. Quasi keine Forderung ist damit verbunden, dass der Staat mehr Geld für einen bestimmten Bereich ausgeben muss.

Das Thema „Breitband“ nehmen wir für sich allein. Da ist das zugestanden. Aber bei allen anderen Themen geht es nicht darum, dass staatliches Geld ausgegeben werden muss, sondern es geht zum Beispiel um die Frage, wie wir steuerlich mit Business Angels umgehen. Das ist ein „Juckepunkt“, bei dem man parteiübergreifend mit den jeweiligen Finanzministern, egal auf welcher Ebene, ins Gespräch kommen und sagen muss, was wir da eigentlich tun können, damit Deutschland, damit Nordrhein-Westfalen als Ort für die Investition privaten Geldes zur Unterstützung von Startups, aber auch von wachsenden Unternehmen attraktiver wird.

Herr Brockes, glaube ich, hat vorhin gesagt, dass man beim Thema „Industrie“ natürlich nach Nordamerika schaue. Das ist beim Thema „Digitalisierung“ in gleicher Weise der Fall. Wenn der Chef von CISCO sagt: Die ersten Wellen hat Deutschland, hat Europa verpasst, aber es gibt jetzt ein Zeitfenster von zwei, drei Jahren, in dem wir auch unter dem Gesichtspunkt von Industrie 4.0 ganz entscheidend einen Schritt vorangehen könnten, um stärker mitzuspielen – dann ist das die Herausforderung dafür, mit 150.000 € – was echt bescheiden ist – Strukturen zu schaffen, die in diesen Debatten eine ständige Präsenz der Landesregierung sicherstellen. Es darf keine politische Diskussion über dieses Thema in Nordrhein-Westfalen geben, von der wir nichts wissen, die irgendwie an uns vorbeigeht. Und darum geht es bei diesen 150.000 €.

Herr Wüst hat von Nullen gesprochen, die noch hinzukommen müssten. Aber da darf man Äpfel und Birnen nicht miteinander vergleichen oder sogar verwechseln. Der erste Leitmarktaufruf, den wir gestartet haben, war Create Media. Das 266-Fache der 150.000 € wird allein für diesen Bereich, der sich darauf fokussiert, aufgerufen. Frau Ministerin Schwall-Düren hat in Köln und ich selbst habe in Dortmund die Auftaktveranstaltungen, die mit vielen Leuten, die etwas bewegen werden, sehr gut besucht waren, präsentiert und mit der Leitmarktagentur auch die Details dargestellt, worüber wir ja hier an anderer Stelle schon einmal gesprochen haben. In diesem Kernbereich von 40 Millionen sind all die Wechselwirkungen zu den anderen Branchen noch nicht erfasst. Wir reden nicht darüber, dass der Bereich der Digitalisierung sozusagen ein geschlossener Kreis ist, sondern es geht in den anderen Leitmärkten darum, den jeweiligen Prozess der Digitalisierung mit zu unterstützen. Das werden Sie in allen anderen Leitmarktaufrufen wiederfinden. Das geht also auch bis zu dem Regio Call.

Ich bin in dieser Woche in Siegen-Wittgenstein gewesen, eine der industriellen Kernregionen unseres Landes. Was ist deren Hauptthema? Digitalisierung und Industrie 4.0! Das wird von den lokal Verantwortlichen, die sich im Rahmen der Regionale zusammengefunden haben, aufgegriffen werden. Das könnte ein Thema sein, mit dem diese Region vorangeht.

Diese längeren Ausführungen habe ich nur gemacht, um das noch einmal einzuordnen. Wenn ich mir das anschau, was bei Digital Cologne passiert und was im Januar auch in vergleichbarer Weise in Düsseldorf ebenfalls aufgerufen wird, bin ich optimistisch, dass wir da etwas hinbekommen. Ich bin, wie gesagt, mit einem sehr offenen Ohr an der jeweiligen Szene.

Herr Wüst hat das Thema „Kreativwirtschaft“ aufgerufen. Allen im Ausschuss und denen, die uns zuhören, will ich verdeutlichen, worum es dabei geht: Ich könnte Ihnen eine ganze Liste von Veranstaltungen oder Projekten vorlesen, die wir einzeln gefördert haben. Die Wirkung ist mit relativ knappem Mitteleinsatz immens. In Köln findet die c/o pop, quasi die Nachfolgeveranstaltung der Popkomm, statt. Es war ein ganz schlechter Moment für dieses Land, für die Stadt, für die ganze Region und die ganze Szene, als gesagt wurde, dass die Popkomm nicht mehr in Köln stattfindet, sondern dass diese nach Berlin geht. Dann haben sich Kreative, topvernetzte Leute auf den Weg gemacht und gesagt: Wir brauchen eine Nachfolge, eine andere Art und Weise, wie wir Musiker, aber auch darüber hinaus – das Thema „Digitalisierung“ spielt da auch eine wichtige Rolle, wie etwa Content zu Geld gemacht werden kann – auf den Weg bringen können. Ich bin in meiner Amtszeit jeweils bei der Eröffnung dagewesen. Das kostet das Land 100.000 €, ohne die die Nummer nicht „fliegen“ würde. Dort mit relativ kleinem Geld Dinge zu ermöglichen, die dann dafür da sind – das Forum d’Avignon wäre ein Beispiel –, aus der ganzen Welt die Akteure wieder nach Nordrhein-Westfalen zu holen, dass sie sagen: Nordrhein-Westfalen ist der Platz, wo Sachen stattfinden, bei denen es sich lohnt, dabei zu sein. Dort finden wir das Netzwerk, das uns bei einer tollen Entwicklung hilft. Dort finden wir die Akteure, die Musik im wahrsten Sinne des Wortes künftig machen werden. Deswegen darf man auch Beträge, die nicht in zwei- oder dreistelliger Millionenhöhe für diesen Bereich ausgegeben werden, nicht unterschätzen, weil sie entsprechend positiv wirken.

Ich will auf die konkrete Frage nach den Reisekosten gerne eingehen. 63.400 € – das ist aber lediglich die Anpassung an die Novellierung des Landesreisekostengesetzes, bei der es höhere Tagegeldsätze gegeben hat. Und es gibt schlichtweg einen geringeren Rabatt bei der Deutschen Bahn; das waren früher 9 %, jetzt sind es 5 %. Das muss man dann irgendwann etatisieren und führt dazu, dass dort 63.400 € mehr veranschlagt werden. Das hat nichts damit zu tun, dass irgendjemand aus Lust und Laune verreist oder in irgendeiner Art und Weise vermehrt gereist würde.

Auch wenn die Frage danach nicht gestellt worden ist – sie hat aber dieses Potenzial –, will ich sie gleich mit beantworten: Die 20.000 € mehr bei Dienstwagen betrifft nicht den Dienstwagen des Ministers, der 20.000 € mehr kostet. Vielmehr ist durch das Finanzministerium festgestellt worden, dass Leasing nicht wirklich wirtschaftlicher ist, und dass deswegen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der dafür zur Verfügung stehende Dienstwagen, ein Golf oder ein Wagen in einer Vergleichsklasse, angeschafft und nicht mehr geleast wird. Deswegen kommen auch solche Summen zustande, um das in dem Zusammenhang einmal erläutert zu haben.

Abschließend zu den Punkten, die Herr Kufen bezüglich der Energiewende genannt hat. Wir haben schon mehrfach festgestellt, dass da die Schnittmengen durchaus vorhanden sind. Das, was bezüglich der Zeitpläne gesagt worden ist, kann man schnell entkräften. Als die politische Grundsatzentscheidung zu einer Leitentscheidung getroffen wurde, ist gesagt worden, dass diese Leitentscheidung

vorbereitet und mit allen relevanten Akteuren vor Ort bis zum Sommer 2015 diskutiert wird. Daran ändert sich auch nichts. Ich bin morgen bei den RWE-Betriebsräten; dann wird das sicherlich eine sehr große Rolle spielen. Wir werden diesen Prozess in dem vorgegebenen Zeitraum bewältigen.

Eine zweite Frage war die nach dem Marktdesign. Diese beschäftigt uns sehr. Hier geht es nicht darum, dass wir uns irgendwelche eigene Zeitpläne setzen, sondern es gibt einen ganz konkreten Zeitplan, den der Bundeswirtschafts- und Energieminister vorgelegt hat und den wir auch für richtig halten. Ich appelliere an Sie, auch aufgrund der Erfahrung aus Podiumsdiskussionen in Berlin, dass wir an diesem Zeitplan unbedingt festhalten. Wir werden irgendwann das Grünbuch bekommen, dann ein Weißbuch, und dann wird das Thema in die Gesetzgebung gehen. Wir müssen es spätestens im Jahre 2016 entschieden haben.

Bei einer Podiumsdiskussion hat der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gesagt, das sei ein so komplexes Thema, dass man sich dafür Zeit nehmen müsse. Er hat dann darüber gesprochen, dass das – möglicherweise auch wegen der Komplexität dieses Themas – nicht mehr in dieser Bundestagswahlperiode zu entscheiden sei. Solche Botschaften halte ich im Interesse unserer Unternehmen hier in Nordrhein-Westfalen für fatal. Man kann über die Modelle streiten; da gibt es auch sehr drastische Ausdrücke, die aus der Sozialpolitik kommen und die ich ausdrücklich nicht teile, aber dass wir ein Modell haben müssen, an dem man sich innerhalb der Energiewirtschaft orientieren kann und das im nächsten Jahr zu Ende diskutiert und in die entsprechende Entscheidungsfindung im Rahmen der Gesetzgebung im Jahre 2016 einfließen muss, darüber sollten wir uns einig sein. Das ist der Zeitplan. Wir werden das entsprechend der Vorlagen im Grünbuch und im Weißbuch hier weiter diskutieren.

Abschließend will ich zu der energiewirtschaftlichen Debatte und auch vor dem Hintergrund von EU-Gipfeln, vor dem Hintergrund mancher Kabinettsentscheidungen in Berlin, die noch in diesem Jahr anstehen, ausdrücklich sagen, dass wir uns einig darin sein sollten, dass wir keiner Entscheidung, die ganz offensichtlich zu Lasten des Industriestandortes Nordrhein-Westfalens geht, zustimmen sollten. Das hat mit dem Klimaschutzplan gar nichts zu tun, sondern es geht um Fragen, die dort anstehen und die massive Auswirkungen auf die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen haben könnten. Deswegen ist das keine Frage von Zeitplänen, sondern eine Frage davon, sich jetzt in diese Debatten einzubringen, und zwar in der gleichen Weise, wie wir es beim EEG auch gemacht haben, wo wir ja nicht erfolglos waren, nämlich ganz klar nordrhein-westfälische Interessen zu vertreten. Das werden wir bei diesem Thema auch ohne Wenn und Aber tun.

Dietmar Brockes (FDP) bedankt sich zunächst für die Beantwortung der Frage zu den Reisekosten. Bei der anderen Frage sei der Minister ausweichend gewesen und habe verdeutlicht, dass es keine Mittel durch die Mehreinnahmen gebe und auch seitens des Ministers keinerlei Maßnahmen beschrieben worden seien, um den Folgen der Erhöhung der Grunderwerbsteuer entsprechend entgegenzuwirken.

Der Minister habe eher von der reinen Marktwirtschaft als von der sozialen Marktwirtschaft, so wie er, Brockes, sie verstehe, gesprochen. Es sei wohl Aufgabe des Staates, hier Anreize zu setzen. Wenn das nicht mehr gegeben sein sollte, bräuhete man nicht mehr über die Verwendung von EFRE-Mitteln etc. zu reden. Es gehe um Anreize, die gesetzt werden müssten, um die genannten Ziele umzusetzen. Dazu finde man leider nichts. Es sei schon traurig, dass der Minister nicht versuche, die Dinge auf den Weg zu bringen, die er auch angesprochen habe.

Stattdessen wolle sich der Minister auf die Rahmenbedingungen konzentrieren. Bei den Rahmenbedingungen könne man den Landesentwicklungsplan nennen, der sich gegen den Industrie- und Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen wende. Ebenso sei das Klimaschutzgesetz gegen die Industrie in Nordrhein-Westfalen bezüglich der Neuansiedlung gerichtet. Sodann nennt der Abgeordnete noch das Tariftreue- und Vergabegesetz, Steuererhöhungen und „Schulrückschrittsgesetz“. All diese Rahmenbedingungen seien ganz klar gegen den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen gerichtet. Und er würde sich wünschen, dass in Berlin keine Entscheidung gegen Nordrhein-Westfalen getroffen werde. So sollte der Minister einmal im eigenen Kabinett auftreten.

Kai Schmalenbach (PIRATEN) merkt kurz zur Digital Cologne an, er finde es gut, dass an der Stelle etwas passiere. Aber es gehe offensichtlich um Vernetzung, wie der Minister gerade ausgeführt habe. Digital Cologne sei tatsächlich auch auf Twitter mit 131 Followern, dort also ein Fliegengewicht. Vielleicht sei niemand von den Piraten da gewesen, weil man dort nicht die Kompetenzen gesehen habe. Und bei den Autoren sei nur Ibrahim Evsan jemand, der habe etwas zu bieten. Gleichwohl drücke er die Daumen, dass die Unterstüztung funktioniere.

Guido van den Berg (SPD) entgegnet, bei der gerade genannten Veranstaltung Digital Cologne hätte er empfohlen, dass die Piraten auch hingegangen wären, da dort die Menschen zueinander gefunden hätten, die zueinander geführt werden müssten, nämlich die mittelstädtische Wirtschaft, die in der IHK organisiert sei und die im Augenblick noch Berührungspunkte damit habe, und diejenigen, die da Können und Wissen hätten sowie Begeisterungsfähigkeit ausgestrahlt hätten, um diesen Weg zu gehen. Einfach nur davon zu sprechen, es gebe zu wenig Follower, und man gehe deswegen da nicht hin, sei zu einfach und werde politischer Verantwortung nicht gerecht.

Kai Schmalenbach (PIRATEN) entgegnet, es gehe nicht um Follower, sondern darum, dass den Piraten unterstellt worden sei, sie seien nicht da, obwohl es das Kernthema der Piraten sei. Er stelle hier fest, dass man seitens der Piraten auf jeden großen Kongress, wo die wichtigen Leute seien, anwesend sei. Vielleicht – das sei seine Aussage gewesen – habe man an der Stelle gemeint, dass es da nicht genügend Kompetenz gebe und dass man sich das erst einmal von außen anschauen wolle. Genaues wisse er allerdings nicht; das sei nicht sein Thema.

Ausschuss für Wirtschaft, Energie,
Industrie, Mittelstand und Handwerk
42. Sitzung (öffentlich)

29.10.2014
rß-ro

Vorsitzender Georg Fortmeier hält abschließend fest, dass am 26. November 2014 die abschließende Beratung stattfinden werde und die Änderungsanträge zur abschließenden Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss vorliegen sollten. – Dem folgt der Ausschuss.

Nach ausführlicher Debatte kommt der Ausschuss überein, am 26. November die abschließende Beratung zum Haushalt zu führen.

